

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Mark. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-31. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-31. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Vertretung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Slaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Fernsprecher Nr. 501

Nr. 126 Dienstag, den 13. August 1929 47. Jahrgang

Die Lage im Haag

Das Ergebnis der ersten Debatte — Räumungsverhandlungen auch im Laufe der finanziellen Besprechungen?
Die englische Auffassung

Haag. Ende der ersten Woche der Beratungen kann zusammenfassend folgende Feststellung der Lage gegeben werden:

Die Arbeiten der Konferenz haben sich ausschließlich um den politischen und wirtschaftlichen Ausschuss abgespielt. In den Beratungen des juristischen Ausschusses hob Henderson hervor, daß die politische Welt das Ergebnis der Haager Konferenz mit den Ergebnissen der politischen Konferenz im Haag beurteile. Der politische Ausschuss wird nunmehr am Montag die Richtlinien für den bereits eingelegten Unteranspruch zur Festlegung der Modalitäten der Rheinlandräumung festlegen. Auf deutscher Seite vertritt man den Standpunkt, daß die Räumung heute an sich keine Frage mehr bilde, sondern lediglich die Ausführung der Räumung noch zur Sprache stehe.

Die gleiche Auffassung wird auf englischer Seite vertreten. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat der englische Außenminister Henderson erklärt, die Vorbereitungen zur Räumung des Rheinlandes würden von England im Laufe der Eröffnung der Völkerbundsversammlung Anfang September beginnen.

Die Verhandlungen im politischen Ausschuss über die Räumung des Rheinlandes werden bis auf den Anfang September als Endtermin der Räumung zu beschränken sein. Diese Daten stehen aber noch nicht fest. Der Widerstand auf französischer und belgischer Seite gegen die Behandlung der Frage wird zum

Teil damit begründet, daß parlamentarische Verhandlungen über die Räumung erst Ende Oktober beginnen können. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß der Transport der 50 000 Mann Besatzung kaum irgendwelche ernste Vorbereitungen notwendig macht und wohl auch für den französischen Generalstab, kann eine schwer zu bewältigende Aufgabe darstellen dürfte. Man erwartet hier nunmehr, daß in der nächsten Woche über die Frage eine gewisse Klarheit geschaffen sein wird.

Auf französischer Seite wird nach wie vor die endgültige Rheinlandräumung mit dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz im Zusammenhang gebracht, eine Auffassung, die von deutscher Seite und auch englischer Seite mit aller Entschiedenheit abgelehnt wird. Sollte die Konferenz, was durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt, zum Teil scheitern, so wird auf deutscher Seite jedenfalls eine Fortsetzung der Räumungsverhandlungen als selbstverständlich gefordert werden. Das gegenwärtige englische Kabinett hat sich vom ersten Tage an auf den Standpunkt der Notwendigkeit einer vollständigen Räumung des Rheinlandes in aller nächster Zeit gestellt. Der gleiche Standpunkt wird unverhohlen von der englischen Abordnung auch im Haag vertreten. Ein Zusammenhang zwischen erfolgreichen und erfolglosen Verlauf der Finanzverhandlungen im Haag und der endgültigen und sofortigen Räumung des Rheinlandes besteht nicht.

Deutschland und die Rheinlandkontrolle

Haag. Bis zum Sonnabend abend lag ein französischer Vorschlag für die von Frankreich gewünschte Vergleichs- und Feststellungskommission im Rheinland noch nicht vor. Der Feststellungsausschuss wird somit seine Arbeiten erst aufnehmen können, wenn ein derartiger Vorschlag eingeht.

In der politischen Aussprache der Konferenz ist von den deutschen Vertretern zum Ausdruck gebracht worden, welche Wirkungen die Einlegung einer Vergleichs- und Feststellungskommission im Rheinlande, sowohl von innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten aus gesehen, haben würde. Es wird darauf hingewiesen, daß das auf Grund des Locarnovertrages und des Völkerbundsstatutes geschaffene System der Ausgleichskommissionen und Garantien völlig geschlossen ist und gut gearbeitet hat. Die im Locarnopakt in den deutsch-französischen und deutsch-belgischen Schiedsgerichtsverträgen vorgesehene paritätisch zusammengesetzte Ausgleichskommission von je 5 Mitgliedern genüge vollständig für die Regelung etwaiger Streitigkeiten. Für den Fall erfolgreicher Verhandlungen ist in den Verträgen ein Appell an den Völkerbund vorgesehen. Die Schaffung einer neuen Kommission im Rheinlande würde also eine vollständige Entwertung des Locarnopaktes bedeuten, der bei seinem Abschluß als die vollständige und endgültige Regelung für alle kommenden Schwierigkeiten von den beteiligten Mächten bezeichnet wurde. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß für den Fall, daß eine Räumung der Rheinlande erst im Jahre 1935 erfolgen sollte, Verhandlungen über eine Kommission im Rheinland überhaupt nicht in Frage kämen, da eine derartige Kommission in den bestehenden Verträgen nirgends vorgesehen ist. Der von englischer Seite in der Aussprache erwähnte Gedanke eines Unterausschusses des Völkerbundsrates für das Rheinland wird deutscherseits gleichfalls mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Ein derartiger Unterausschuss würde nichts anderes als die berüchtigte Untersuchungskommission darstellen, die in den Verhandlungen des Völkerbundsrates im Jahre 1928 als Sonderkommission für das Rheinland abgelehnt worden war.

Es liegt somit auf deutscher Seite keinerlei Veranlassung vor, zu der Einlegung eines Unterausschusses des Völkerbundsrates die Zustimmung zu erteilen.

Weiter muß darauf hingewiesen werden, daß eine neue Kommission im Rheinland lediglich neue internationale Schwierigkeiten zur Folge haben und nur dazu führen würde, daß völlig bedeutungslose Angelegenheiten aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen zu großen Streitfällen aufgebauscht werden. Von französischer Seite wird deshalb die Ausgleichs- und Feststellungskommission scheinbar in der Erkenntnis der Möglichkeit, bedeutungslose Angelegenheiten vor den Völkerbund zu bringen, gewünscht. Die Aufgaben des juristischen Ausschusses können daher nur in der Richtung liegen, daß sie die bisher bestehenden Bestimmungen der internationalen Verträge zusammenstellen und die Feststellung vorgenommen wird, daß dieses System für alle etwaigen Schwierigkeiten genügt. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß der deutsche Reichstag niemals seine Zustimmung zu einer wie immer auch gearteten Kontrollkommission im Rheinlande erteilen würde.

Macdonald wieder in London

Frankreich erhofft von ihm Hilfe

London. Macdonald hat nun seinen Erholungsurlaub in Schottland für einige Tage zur Prüfung einiger wichtiger Staatsgeschäfte unterbrochen, deren Natur aber nicht bekannt gegeben wurde, die aber offenbar mit dem Haag zusammenhängen. Von Reiseabsichten nach dem Haag ist nach wie vor nicht die Rede. Die Annahme, daß Macdonald nach dem Haag gehen werde, stammt offenbar aus Paris und entspringt der französischen Hoffnung, daß Macdonald seinen Schatzkanzler verleugnen werde. Man scheint in Frankreich zu denken, daß Macdonald mehr an der politischen, als an der finanziellen Seite der Haager Konferenz interessiert ist und es unter keinen Umständen erlauben wird, daß die große Friedenspolitik der Arbeiterregierung durch die Finanzfrage gefährdet oder gar zerstört wird. Obwohl diese Erwägungen den Tatsachen nahe kommen dürfte, ist es keineswegs sicher, daß sie sich in der erhofften Weise auswirken werden. Vorläufig ist nur das klar, daß England keineswegs einen Zusammenbruch im Haag sucht, wie irgend eine andere Macht, daß aber auf der Tatsache seiner Isolierung auf der Konferenz und der weiteren Tatsache, daß es dem politischen Ausgleich die größte Bedeutung zu-

mißt, nicht geschlossen werden kann, daß es auch diesmal in den Finanzfragen den französischen Standpunkt nachgeben wird. Einwillen wenigstens ist das Gegenteil wahrscheinlicher. In der englischen Presse wird, ebenso, wie schon gestern die Haltung Snowdens vorbehaltlos gebilligt, obwohl gewisse Strömungen für die Vermeidung eines Bruches unverkennbar sind. Der „Daily Herald“ weist darauf hin, daß eine wirkliche und endgültige Regelung der ganzen Reparationsfrage nur durch eine allgemeine Schuldenstreichung erreicht werden könne, daß aber so lange diese nicht erfolge, Frankreich und die übrigen Mächte sich mit der gegebenen Lage abfinden müßten. In den übrigen Blättern aller Schattierungen wird die Haltung des Schatzkanzlers voll unterstützt. Der Ernst der Lage wird aber keineswegs verkannt und man beschäftigt sich bereits ernsthaft mit der Frage, was nach einem möglichen Zusammenbruch der Konferenz geschehen soll. Die Antwort lautet im allgemeinen, daß der Dawesplan dann wieder in Kraft träte, wobei aber nicht in allen Kreisen verkannt wird, daß in diesem Falle die Gewährung eines Moratoriums für Deutschland unvermeidlich wäre.

Vor einer Einigung im englischen Textilarbeiterstreik

London. Ministerpräsident Macdonald ist am Sonnabend nachmittag im Flugzeug von Quedlinburg nach Portsmouth zurückgekehrt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen mit einer Abordnung der Arbeitgebervereinigungen des Baumwollgebietes von Lancashire ist nichts bestimmtes bekannt geworden, doch verlautet, daß sich auch die Arbeiter ebenso wie die Arbeitnehmer einer gerichtlichen Regelung unterwerfen wollen. Der Generalkongress der Gewerkschaften ist von Manchester wieder nach London zurückgekehrt. Am Mittwoch tagt der Vollzugsrat der Textilarbeiter. Den Verhandlungen der ersten Tage der nächsten Woche wird allgemein mit stärkerer Zuversicht entgegenge-

der amerikanischen Delegation auf der Pariser Sachverständigenkonferenz angehört, ohne daß jedoch hieraus Rückschlüsse auf etwaige mit der Reparationsregelung zusammenhängende Verhandlungen gezogen würden.

Die deutschen Aufträge für die Regelung der Saarfrage

Berlin. Von deutscher Seite wird in den nächsten Tagen dem französischen Ministerpräsidenten Briand eine Aufzeichnung übermittelt werden, die eingehende Vorschläge für die endgültige Regelung der Saarfrage enthält. Die Aufzeichnungen behandeln, wie verlautet, eingehend die einzelnen sachlichen Fragen, insbesondere die Regelung der Kohlenfrage und werden Gegenstand für die in der kurzen Zeit bevorstehenden direkten Besprechungen zwischen der deutschen und französischen Abordnung bilden.

Neuregelung der amerikanischen Anleihepolitik

Verhandlung zwischen Schakami und Staatsdepartement.

London. Wie der Washingtoner Korrespondent der „Times“ erzählt, sind gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Schakami und dem Staatsdepartement über die Anleihepolitik der Vereinigten Staaten im Auslande im Gange. Das Ziel dieser Besprechungen besteht darin, die Gewährung von Anleihen auf diejenigen Länder zu beschränken, die ein ausbalanciertes Budget aufweisen können und ihren Verpflichtungen vollständig nachkommen. Alle Nationen, auf die diese Voraussetzungen nicht zutreffen, werden in Zukunft keine amerikanischen Kredite mehr erhalten. Bolivien würde darnach nur geringe Aussichten haben, eine Anleihe von 37 Millionen Dollar, die es gegenwärtig in Amerika aufzunehmen beabsichtigt, unterzubringen. Der allgemeine Zweck dieser Neuregelung besteht darin, soweit als möglich das internationale Kreditystem in einheitliche Linien zu bringen, größere Sicherheit und größere Festigkeit zu schaffen.

Während seines Aufenthaltes in Quedlinburg hatte Ministerpräsident Macdonald auch eine längere Unterhaltung mit dem Gouverneur der Bank von England und dem Leiter des amerikanischen Bankhauses J. C. Lamont. Ueber den Inhalt wird Stillhschweigen bewahrt, doch hat man keinen Zweifel, daß es sich um eine sehr bedeutungsvolle Verhandlung handelte. Es wird auch vermutet, daß Lamont

